

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Dienstags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar oder durch die Postanstalten 5 M. monatlich. Einzelne Num. 20 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21296, Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungs-
teile 2 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 4 M.,
unter Eingangs 5 M. — Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Beitragweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landesbank, Jahresbericht und Rechnungsabschluss
der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplanzen auf den Staatsforstrevieren.
Beauftragt mit der Oberleitung (und preßgesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 119

Donnerstag, 26. Mai

1921

Die Befoldungsreform.

Dresden, 25. Mai. Der Befoldungsausschuss des Landtages bereitet gestern die allgemeine Aussprache über die Lehrbefoldungsfragen und heute vormittag nach Erledigung der Gruppen X—XIII, der Einzelgehälter und der Abschnitte C und D die allgemeine Aussprache über sämtliche grundsätzliche Fragen überhaupt. Heute nachmittags nahm er in Anwesenheit von Regierungsvertretern im ehemaligen ersten Kammeraal die Wünsche der Beamten- und Lehrervereinigungen entgegen. Nunmehr werden die Berichterstatter über die Anträge formulieren, sodas Anfang nächster Woche in die Spezialberatung eingetreten werden kann.

Gegen die Bildung von Freikorps für Oberschlesien.

Berlin, 24. Mai. Um eine Unterlage für die nachdrückliche Unterbindung der Bildung von Freikorps und anderen freiwilligen Verbänden für Oberschlesien in den anderen Teilen des Reiches zu geben, hat der Reichspräsident auf Antrag des Reichsministeriums in Ergänzung der bestehenden Strafbestimmungen eine besondere Verordnung erlassen. Danach wird mit Geldstrafe oder Gefängnis bestraft, wer es unternimmt, ohne Genehmigung der zuständigen Dienststellen Personen zu Verbänden militärischer Art zusammenzuschließen, oder wer an solchen Verbänden teilnimmt. Nach jeder Art der Geldunterbindung solcher Unternehmungen ist danach strafbar, ebenso die Werbung und die Aufnahme von Werbepersonen in der Presse. Die Verordnung bricht sich auf das ganze Reich mit Ausnahme des Wahlkreisgebietes selbst, in dem die Regelung des Selbstschutzes dort untersteht.

Dresden, 24. Mai. Die sozialistischen Zeitungen veröffentlichten einen Aufruf an die gesamte Arbeiterklasse Sachsens mit der Aufforderung, die Eisenbahnbetriebsräte bei der Durchführung ihrer wichtigen Aufgabe der Verhinderung von Dampftransporten tatkräftig zu unterstützen. Der Aufruf ist unterzeichnet von den Hauptbetriebsräten der Eisenbahngeneraldirektion Dresden, von der Bezirksleitung des deutschen Eisenbahnerverbandes Dresden und der sozialdemokratischen Partei Sachsens, der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Sachsens und der vereinigten kommunistischen Partei Sachsens.

Drohung mit der Besetzung des Ruhrgebietes.

Paris, 24. Mai. Wie der „Temp“ mitteilt, erklärt der Ministerpräsident Briand einer Versammlung der Kragogruppe: Nach Rücksprache mit dem englischen Botschafter könne er versichern, daß die französische und die englische Regierung darüber einig seien, daß die Besetzung des Ruhrgebietes, falls irgendeine oder mehrere Bestimmungen des Versailles Friedensvertrages durch Deutschland verletzt würden, ohne eine neue Konferenz der Verbündeten eintreten würde.

Paris, 24. Mai. Briand erklärte einer Abordnung von Abgeordneten der Entente République, es seien besondere Sanktionen für ganz bestimmte Verstöße gegen den Friedensvertrag vorgesehen. Zurzeit seien aber die Vorbedingungen, die ein Einschreiten rechtfertigen könnten, nicht verwirklicht. Nach seinem Gefühl zeigten die Ereignisse in Oberschlesien eine Besserung. Die deutsche Regierung gebe sich ernstlich Mühe, die Verbändlungsregierungen zufriedenzustellen.

London, 24. Mai. Wie Reuters erfährt, erklärte Lord Curzon dem deutschen Botschafter Stahmer, es sei erwünscht, daß die deutsche Regierung alle Maßnahmen treffe, um zu verhindern, daß deutsche Streitkräfte, insbesondere Formationen des Selbstschutzes, freiwillige Abteilungen und dergleichen, in das ober-schlesische Wahlkreisgebiet einziehen.

Rom, 24. Mai. Der italienische Botschafter Graf D'Annunzio hat heute vormittag dem Reichspräsidenten des Reiches mitgeteilt, daß der italienische Botschafter in Berlin einen Schritt unternommen werde, um die deutsche Regierung zu veranlassen, den Kampf von Deutschen gegen Polen einzustellen.

Briands Kammerrede.

Englische Pressestimmen.

London, 25. Mai. Die Rede Briands findet in der englischen Presse Zustimmung. „Daily News“ schreibt: Die Rede bedeutet nicht nur eine Entscheidung zur Besserung mit Bezug auf die ober-schlesische Frage und so gut wie Berücksichtigung auf die Besetzung, sondern auch einen Schritt vorwärts zu einem Einvernehmen zwischen Frankreich und Deutschland. Wenn Briand den Mut habe, fest auf seiner neuen Stellung zu beharren, dann werde er etwas getan haben, was ihn sofort zu einem erfolgreichen Politiker und Staatsmann erhebt. „Daily Telegraph“ sagt u. a., daß Briand gestern einer unruhigen und agitativen Kammer gegenüberstand, und daß es keine ganze Kunst und Geschicklichkeit erforderte, um mit der Lage fertig zu werden. Die Erklärung Briands, daß er sich, was die Notwendigkeit der Erfüllung des Friedensvertrages und die Regelung Oberschlesiens betreffe, in voller Übereinstimmung mit Lloyd George befände, wird dem „Daily Telegraph“ zufolge mit großer Befriedigung aufgenommen. Das Blatt schreibt: Es sei klar, daß Oberschlesien geteilt werden müsse. Es sei absurd, etwa anzunehmen, daß Verwirrung entstehen müsse, weil eine gerechte Teilung unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen und ethnographischen Bedingungen nicht erfolgen könne. Während der letzten zwei Jahre seien schwieriger und heiklere Fragen gelöst worden. — Die „Times“ schreibt: Die Rede Briands habe dem französischen Ministerpräsidenten eine Mehrheit in der Kammer gesichert. Zu seiner Erklärung, daß die Aufrechterhaltung der Einigkeit zwischen Großbritannien und Frankreich die Grundlage seiner Politik sei, schreibt die „Times“: Zu dieser Politik werde das englische Volk ebenso treu stehen. Das einzige, was sein festes Vertrauen darauf brechen könne, werde sein, wenn eines der beiden Länder von dieser Politik abhebe in Verfolgung von

Zielen und Bestrebungen, welche die Vernunft und das moralische Urteil verdammen.

Französische Pressestimmen.

Paris, 25. Mai. „Echo de Paris“ schreibt: So vollständig auch die gestrigen Erklärungen Briands gewesen seien, werden sie doch nicht das Ergebnis haben, die Abstimmung der Kammer zu beschleunigen. Es würden vielleicht noch zwei Sitzungen nötig sein, um mit der Aussprache zu Ende zu kommen. Das „Journal“ nennt die gestrige Sitzung eine erregende Sitzung angesichts einer misstrauischen, wenn nicht feindseligen Mehrheit. Briand habe den Abgeordneten ausdauernd gegenüber, aus welchen höheren Gründen das Ruhrgebiet nicht besetzt worden sei. Das sei eine schwierige Aufgabe gewesen. Nicht durch Redebankette habe der Ministerpräsident die Versammlung überzeugen können. Er habe sich an die Vernunft der Abgeordneten gewandt und sie durch eine solide Beweisführung dahin geführt, wozu er sie führen wollte. „Petit Parisien“ vertritt den Standpunkt, Briand habe gestern in seiner zweistündigen Rede nichts im Schatten gelassen, weder was das ober-schlesische Problem betreffe noch die bedeutenden Fragen, die durch das Abkommen von London und die Entscheidungen der Wiedergutmachungskommission gestellt worden seien. Er habe den Wortlaut der Entscheidungen mitgeteilt, die in London getroffen wurden, um dem Friedensvertrage von Versailles seine Wirksamkeit zu geben und um Frankreich die Bezahlung seiner Schuld sicherzustellen. Er habe feierlich die vollkommene Unabhängigkeit der souveränen Entscheidung der Wiedergutmachungskommission verkündet. Er habe endlich die Kammer vor die Frage gestellt, zu wählen zwischen der Politik des Bruchs und der Politik der Einheit mit den Verbündeten, der er treu bleibe. Denn nur durch sie sei der Friedensvertrag von Versailles etwas wert.

Rücktritt des Staatssekretärs Albert.

Berlin, 25. Mai. Der Staatssekretär Albert in der Reichskanzlei hatte bei der Neubildung des Kabinetts seinen Posten zur Verfügung gestellt und um einstweilige Befreiung in den Ruhestand gebeten. Wie wir erfahren, hat der Reichspräsident diesem Ersuchen nunmehr entsprochen. Mit der Führung der Geschäfte ist bis auf weiteres der Geh. Rat Precht beauftragt worden.

Zusammenkunft der Polizeipräsidenten Preussens.

Berlin, 24. Mai. Die heutige Sitzung der Polizeipräsidenten Preussens, die der Minister Dominikus persönlich leitete, hat nach Mitteilung von zuverlässiger Seite einen durchaus befriedigenden Verlauf genommen und die Übereinstimmung in allen grundsätzlichen Fragen ergeben. Es steht außer Zweifel, daß die vom Minister des Äußeren selbst gegebene Erklärung des gesamten Polizeiwesens wie aller seiner einzelnen Bestimmungen dazu führen wird, die bisher zum Teil mangelnde Einheitlichkeit der Durchführung zu gewährleisten, und auf diese Weise vor allem auch die Erfüllung der dem Verbands gegenüber eingegangenen Verpflichtungen sicherzustellen. Gerade die Durchführung der Erlasse hatte vielfach Anlaß zu Mißverständnissen und Beschwerden gegeben, eine Erscheinung, die bei der grundlegenden Änderung des Polizeiwesens und der Fälle der damit verbundenen Einzelregelungen nur verständlich ist. In der Folgezeit sollen größere Sitzungen der Polizeipräsidenten alljährlich, außerdem aber Zusammenkünfte eines engeren Ausschusses aus ihrer Zahl halbjährlich stattfinden.

Die Entwaffnung Bayerns.

München, 24. Mai. Den Blättern zufolge verhandelte heute abend unter dem Vorsitz des Ministerpräsidenten v. Kahr der Ministerialrat über die Entwaffnungsfrage. Vorher fand eine Besprechung mit den Führern der Koalitionsparteien statt.

London, 24. Mai. Dem Reuters Bureau wird mitgeteilt: Obwohl Deutschlands Antwort

bezüglich der Ausführung der Einzelheiten der Entwaffnungsvorschläge erst am 31. d. M. fällig ist, kann doch nicht zurückgezogen betont werden, daß eine Verzögerung der bayerischen Regierung in der Ausführung der von der Reichsregierung in dieser Hinsicht übernommenen Verpflichtung von der britischen und den anderen verbündeten Regierungen nicht gebuldet werden würde.

Die Besetzung des Wiederaufbauministeriums.

Berlin, 25. Mai. Zur Blättermeldung, daß das Wiederaufbauministerium Dr. Walter Rathenau angeboten worden sei, teilt die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mit, daß in unterrichteten Kreisen hiervon nichts bekannt sei.

Unwürdige Behandlung eines englischen Offiziers.

London, 24. Mai. Wie das Reuters Bureau erfährt, hatten die polnischen Insurgenten den Major Powell, einen bei der internationalen Kommission für Oberschlesien angestellten englischen Offizier festnehmen lassen. Powell wurde von den Insurgenten in der unwürdigen Weise behandelt und mit Erschießung bedroht. Erst durch Vermittlung eines französischen Offiziers wurde er freigelassen. Die englische Regierung hat Entschädigung verlangt.

Der Ausstand im Waldenburger Revier

Berlin, 25. Mai. Der Ausstand im Waldenburger Revier hat sich auf sämtliche Gruben ausgedehnt und durch einen Symphonieausstand der Metallarbeiter eine beträchtliche Verschärfung erfahren. Die Führer der Gewerkschaften hatten sich sämtlich gegen den Ausstand ausgesprochen. Eine Versammlung der Betriebsräte beschloß, am Donnerstag eine Urabstimmung der Belegschaften vorzunehmen.

Die Zukunft der polnischen Kohlenwirtschaft.

Wir entnehmen die nachfolgenden Ausführungen mit Erlaubnis des Verlegers Georg Stille in Berlin dem Buche „Die Zukunft der ober-schlesischen Wirtschaft“ von Dr. W. Schalte.

Um ihre Wünsche nach der Annexion Oberschlesiens dringlich zu machen, gebrauchen die Polen wiederholt die Wendung, Polen könne ohne Oberschlesien nicht existieren, und begründen diese Behauptung in erster Linie, ja fast ausschließlich, mit der Notwendigkeit, Kohle aus Oberschlesien zu beziehen. Das Wort ist gefährlich! Denn wenn es wahr ist, würde dies Einverständnis bezeichnend sein für den Reichsminister, mit dem sich auf Frankreichs Rücken die „Großmacht“ aufgetan hat, ohne nach eigenem Zeugnis ergriffen zu können; die Existenzmöglichkeit will sich Polen ja erst durch den Besitz Oberschlesiens verschaffen! Wenn aber diese Existenzmöglichkeit begründet wird durch den ober-schlesischen Kohlenbesitz und den Genuß der hochentwickelten Kohlenförderung Oberschlesiens, so ist das Wort vom Nicht-Existieren können nichts als Phrasen. Andere Länder haben gar keine oder nur ungenügende Kohle, z. B. Italien, die Niederlande, die Schweiz, von denen namentlich die letztere wegen ihrer hochentwickelten Industrie der Kohle mehr bedarf als Polen. Nach polnischer Logik müßte also die Schweiz das benachbarte Saarrevier einfordern. Die Schweiz macht es freilich anders; sie arbeitet und bezahlt die Kohlen, deren sie bedarf. Polen zieht es vor, seine eigenen Kohlen in der Erde zu lassen und sich einen benachbarten Kohlenbezugs, wenn möglich mit Gewalt, anzueignen, um — die Deutschen für sich arbeiten zu lassen. Aber selbst wenn die Welt Polen ein Privileg zugekehrt wolle, zu rauben, was es braucht, wie dem ober-schlesischen Kohlenrevier, so vor fragen müssen, ob Polen wirklich die ober-schlesische Kohle notwendig hat. Wir Deutsche haben das immer bestritten. Lange hat man uns das nicht geglaubt; aber seitdem ein so hervorragender Nationalökonom wie Keynes, seitdem also ein Engländer die Richtigkeit unserer Behauptungen geprüft und bestätigt gefunden hat, schüttelt die wirtschaftlich denkende Welt zu den Annahmen der Polen auf ober-schlesische Kohlenbezüge und ihren Konsumtionswert recht skeptisch den Kopf.

Polen braucht aber überhaupt keine fremde Kohlenhilfe, denn es ist selbst eines der reichsten Kohlengebiete Europas. In seinem auf dem Internationalen Geologischen Kongreß zu Toronto im Jahre 1913 erstatteten Bericht über das Kohlenbecken von Tombrowa bezieht S. Gagnon die Steinkohlenreserven dieses Beckens mit 2 525 245 000 Tonnen! Die in diesem Becken vorhandenen Braunkohlenreserven berechnet er auf 63 Millionen Tonnen. Der an Polen gefallene Anteil an der Kohlenreserve des alten Österreich wurde von Betradel auf dem Geologischen Kongreß mit 22 148 000 000 Tonnen angegeben. Dazu kommt noch ein Teil des Herzogtums Teschen, über den noch nicht endgültig entschieden worden ist. In der kürzlich erschienenen Veröffentlichung von Prof. Dr. Betradel: „Die Kohlenlager und Kohlenbergbau Österreich-Ungarns und ihre Ausbeutung unter die Nationalstaaten“ heißt es: „Selbst wenn in Schlesien (Herzogtum Teschen) eine für das polnische Sprachgebiet ungenügende Menge Kohlen gefunden sollte, dürfte für Polen eine Kohlenreserve von etwa 30 Milliarden Tonnen Einheitskohle gesichert sein.“ Der polnische Geologe Wejcz recknet denn auch für Kongreßpolen und Galizien 29 232 Mill. Tonnen heraus. Polen (ohne Oberschlesien) verfügt damit in Bezug auf Kohlenreichtum vor Frankreich, Belgien und der Tschecho-Slowakei.

Polen ist also, wie wir gesehen haben, auch ohne Oberschlesien sehr wohl in der Lage, seinen eigenen Bedarf an Kohlen zu decken und darüber hinaus eine Ausfuhrwirtschaft zu eröffnen, welche also ein ernstlicher Konkurrenz-Oberschlesien werden. Bis es soweit ist, wird Oberschlesien ihm, wie bisher, die schlesischen Kohlen- und Kohlenmengen zu billigen Preisen verkaufen.

Wenn wir Oberschlesien verlieren, sind wir bettelarm. Dieses Wort bleibt wahr, selbst wenn wir uns nur auf den positiven Verluß be-